

Wiener Rathaus Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Emmy Michler**,
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 26. Juni 1919. Nr. 265.

Hauptveranschlagsberatungen. Heute vormittags wurde im Stadtrate die Beratungen über den Hauptveranschlag fortgesetzt. Bei der Gruppe 11 (Unterrichtswesen) beantragte StR. Hellmann die Errichtung eines Zentralschulgartens, wobei er auf ähnliche bereits bestehende Einrichtungen in deutschen Städten hinwies. VB. Hoss stellte fest, dass bereits vor Jahren Verarbeiten für die Errichtung eines Zentralschulgartens getroffen wurden und dass im 18. Bezirk der Platz hierfür in Aussicht genommen war. Die Angelegenheit wurde aber durch die Kriegsereignisse unterbrochen. StR. Rummelhart stellte den Antrag, in die Zahl der Beamten des Wiener Bezirksschulrates Fachleute aus Lehrkreisen aufzunehmen. Desgleichen beantragte StR. Rummelhart eine grundsätzliche Stellungnahme des Stadtrates gegen den Plan des Staatsamtes für Unterricht, welcher die gewerblichen Fortbildungsschulen dem Wirkungskreise des Staatsamtes für Handel entziehen und dem Staatsamte für Unterricht zuweisen will. Sämtliche Anträge wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Gruppe Konskriptions- und Militärangelegenheiten wurde debattiert und genehmigt.

Die letzte Verwaltungsgruppe des Hauptveranschlagtes, welche verschiedene in den übrigen Gruppen nicht einteilbare Angelegenheiten enthält, gab den Stadträten Kürber und Schmid VB. Emmerling den Anlass zur Vorbringung mehrerer Wünsche über öffentliche Uhren. Dem verlangen nach Beleuchtung der Rathausuhr wird in kürzester Zeit entsprochen werden. Schliesslich wurden noch die Veranschläge der städtischen Unternehmungen genehmigt.

Neue Taxen für Jagdkarten. In der heutigen Stadtratsitzung beantragte StR. Dr. Fritz Winter eine Erhöhung der Taxen für die Ausgabe von Jagdkarten. Diese Taxen betragen bis jetzt je nach der Grösse des Jagdgebietes 2, 6 und 12 Kronen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass die Jagd heute ein Luxusbedürfnis darstellt, dem hauptsächlich die Kriegsgewinner fröhnen, beantragte der Referent die Erhöhung der Gebühren auf 100, 200 und 400 Kronen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Da die Höhe der Taxen bisher durch ein Landesgesetz bestimmt wurden, so geht die Vorlage an die Landesversammlung, die sie voraussichtlich in kürzester Zeit erledigen wird. Das bisherige Erträgnis der Taxen belief sich auf 34.000 K und wird nach den neuen Ansätzen K 1.400.000 ergeben.

2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 26. Juni 1919. Nr. 266.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Montag werden im 4., 5., 14., 15. und 20. Bezirk Kartoffel pro Person 1 kg gegen Abtrennung des Abschnittes T der Kartoffelkarte abgegeben.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung am 26. Juni 1919.

Vorsitzender BGM. Reumann teilt mit, dass Fabrikant Isidor Mautner für die Armen Wiens 1000 Kronen gespendet hat.

Auf eine Interpellation des GR. Angeli in der letzten Sitzung des Gemeinderates, betreffend die Regulierung der Bezüge der städtischen Flurwächter, teilt der Bürgermeister mit, dass die bezüglichen Vorarbeiten beim Magistrat anhängig sind, und dass die gegenständliche Vorlage ehestens vom Magistrat ausgearbeitet werden wird.

Bezüglich einer Anfrage des GR. Rotter in der letzten Sitzung des Gemeinderates über die Nachrichten von der Zuweisung von schwarzem und weissem Mehl teilt der Bürgermeister mit, dass die Verlautbarung über die Ausgabe von schwarzem Mehl an die Haushaltungen und über die Zuweisung von weissem Mehl an die Bäcker von offizieller Seite nicht erfolgt ist. Da bei den für den allgemeinen Konsum bestimmten grossen Mengen die Scheidung der Mehlsorten aus technischen Gründen undurchführbar ist, erhalten sowohl die Haushaltungen, wie auch die Bäcker zum Teil lichter und zum Teil dunkleres Mehl. Der Bürgermeister fügt hinzu: Es zeigt sich, dass auch die Informationen des „Abend“ nicht immer die Richtigen sind.

GR. Amalie Pölzer interpellierte in der letzten Sitzung des Gemeinderates wegen der Anwendung einer strengeren Kontrolle gegenüber den Milchverschleissern und Händlern, um den Schleichhandel mit Milch unmöglich zu machen. BGM. Reumann teilt hierauf mit, dass die Ueberwachung des Verkehrs mit Milch mit aller Strenge erfolgt und weist darauf hin, dass erst vor einigen Tagen eine Milchmehlerin mit 1000 Kronen Geldstrafe und mit 4 Wochen Arrest verurteilt wurde und dass gegen sie wieder eine neuerliche Anzeige anhängig sei.

Auf eine Anfrage des GR. Rudolf Müller (S), betreffend das angebliche Vorhandensein einer Thermalquelle auf den Gründen der Marxer Brauerei teilt der Bürgermeister mit, dass Erhebungen zufolge auf den Baugründen sich keine warmen Quellen befinden.

Schriftführerin Gabriela Walter verliest den Einlauf. GR. Feldmann fragt den Bürgermeister, ob er geneigt ist, zum Schutze der im Gemeindegebiete Wien gelegenen Felder und Fluren im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Nachbargemeinden die notwendigen Abwehrmassnahmen gegen den überhandnehmenden Kulturenrevue in die Wege zu leiten.

BGM. Reumann: Der Magistrat hat bereits Mitte April die Vorarbeiten wegen Aufstellung freiwilliger Feldwehren in den Bezirken 10 bis 13, 16 bis 19 und 21 in Angriff genommen. Es ist aber bisher den Bezirksvorstehern, in deren Wirkungskreis die Durchführung des Flurenschutzes fällt, erst in den Bezirken 11, 12, 17, 18 und 19 gelungen, solche freiwillige Feldwehren aufzustellen. Bezeichnender Weise erklären nämlich vielfach die Wirtschaftsbesitzer Wiens, dass sie nicht im Stande seien den Dienst eines freiwilligen Feldwehrmannes zu versehen. Sie machen sich, es muss dies endlich einmal in öffentlicher Gemeinderatsitzung ausgesprochen werden - die Sache sehr leicht, die fordern nämlich, dass lediglich die Gemeinde durch bezahlte Flurhüter allein oder zum grössten Teile den Flurenschutz besorge. Die Gemeinde ist aber an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, weshalb ich von dieser Stelle aus abermals an unsere Wiener Landwirte den dringenden Apell richten muss, sie mögen dem Rufe ihrer Bezirksvorsteher Folge leisten und sich selbst reger und zahlreicher als bisher an der Aufstellung der freiwilligen Feldwehren beteiligen. Ich werde die Bezirksvorsteher neuerlich ersuchen, dass sie weiter für die Aufstellung neuer freiwilliger Feldwehren, bzw. deren Verstärkung Propaganda machen. Was den in der Interpellation geäusserten Wunsch nach Schaffung empfindlicher Strafbestimmungen anlangt, so mache ich darauf aufmerksam, dass solche, Geldstrafen bis zu 10.000 Kronen und Arrest bis zu drei Monaten, allenfalls beide Strafen nebeneinander, bestehen. Ich habe die Bezirksämter neuerdings anweisen lassen, dass sie von dieser Strafbestimmung nunmehr ausgiebigen Gebrauch machen. Es werden übrigens die schärfsten Strafen nichts nützen, solange sich nicht die Not in der Bevölkerung gemildert hat.

GR. Gabriela Walter beantragt, dass der Bürgermeister dahin wirken möge, damit die Gebäude und der Garten des ehemaligen Zivilmädchengehülfsheimes der Gemeinde Wien zur Verwendung für Schulzwecke und zur Unterbringung einer Tagesheimstätte überlassen werden mögen.

GR. Poppler beantragt, den Magistrat zu beauftragen, eine Vorlage zur Errichtung einer Sport- und Spielakademie auf den Gründen des alten Hernalser Ziegelofens ausarbeiten zu lassen.

GR. Amalie Seidl, die nach längerer Krankheit zum ersten Mal im Gemeinderat erschienen ist, leistet die Angelobung.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Es gelangen vorerst die Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre, über welche VB. Emmerling und StR. Breitner berichten, zur Erledigung.

StR. Breitner legt zunächst den Hauptrechnungsabschluss für 1916/17, der schon einmal zur Kenntnis des Gemeinderates gebracht wurde, zur formalen Genehmigung vor. (Angenommen)

Nach einem Berichte des VB. Emmerling wird hierauf der Rechnungsabschluss pro 1917/18 ohne Debatte genehmigt. Derselbe schliesst mit einem Abgang von 15,2 Millionen Kronen. Die Gesamteinnahmen betragen 1.096.288.980 K und die Gesamtausgaben 1.117.477.378 K. Nunmehr gelangt der Hauptveranschlag für das Jahr 1919/20 zur Beratung.

Referent StR. Breitner führt aus: Es ist ein wahrhaft tragisches Schicksal, von dem Wien, diese schöne und sinnereiche Stadt, betroffen worden ist. Von Wien aus hat dieser furchtbare Weltkrieg seinen Ausgang genommen, von Wien, das bewohnt ist von den friedfertigsten Bewohnern der Welt. Wenn man im Juli 1914 trotz aller Aufpeitschungen das Volk hätte befragen können, ob es den Krieg will, würde es in überwältigender Masse abgewiesen haben. In überwältigender Masse hat es in den Jännertagen 1918 ohne dass es eigentlich zum Worte gekommen ist, zum Ausdruck gebracht, dass es einen Frieden ohne Kontributionen und Annexionen will und das was heute ihm auferlegt wird, wirklich nicht dem entspricht, was es selbst in seiner grossen und überwältigenden Masse zu vollziehen bereit war. Und dennoch vollzieht sich jetzt das Verhängnis, das darin gelegen ist, dass der Krieg von Wien aus seinen Ausgang genommen hat, dass Wien das Zentrum des Bösen, von dem der ganze Erdenrund erschüttert wird, darstellt und das darin gelegen ist, dass Wien unter den Grossstädten am Meisten gelitten hat. Nicht zu vergleichen mit den Schilderungen der

Dante'schen Hölle sind die Leiden, die der Wiener Bevölkerung durch 5 Jahre auferlegt worden sind. Es war mehr als ein Hungern, wir haben gesehen, wie Kinder an Leib und Seele zugrunde gegangen sind und noch zugrunde gehen, wie die Tuberkulose sich ihre Opfer holt, wie jeder dritte Mensch, der vom Tode ereilt wird an dieser Krankheit stirbt, und wie die Sterblichkeit weit grösser ist, als die Zahl der Geburten. Und dennoch können wir nicht aussprechen, dass wir am Ende der Leiden stehen. Was uns aufzuerlegen jetzt unternommen wird, ist eine Steigerung des Elendes, es würde bedeuten, dass wir zu solchen Hungerqualen dauernd verurteilt werden und es eine Lebensmöglichkeit für diese Stadt nicht gib. Wenn die Vernunft siegt und es zu Friedensbedingungen kommt, die nicht so wahnwitzig sind, wie die gegenwärtigen, so wird Wien noch immer ein Problem darstellen. Wir müssen uns vorstellen, dass Wien nie mehr das sein wird, was es in der Vergangenheit war. Es war der Mittelpunkt eines Wirtschaftsgebietes, das trotz aller nationalen Verklüftungen sich wirtschaftlich ergänzt hat und Wien ist der Mittelpunkt gewesen, von dem das ganze Reich - gewiss vollständig, was Oesterreich betrifft, zum grossen Teile auch für Ungarn zutreffend - verwaltet worden ist. Hier war der Sitz aller der grossen Verwaltungsbehörden, von hier aus ist die grosse Maschinerie in Gang gebracht worden, hier war der Ort, wo die Steuern von ganz Oesterreich zusammengeflossen und zum Teil verzehrt

worden sind, hier war der Sitz der grossen Bankinstitute, Versicherungsgesellschaften, der Bahnen, die allerdings schon wenige Kilometer von Wien in andere Hände übergegangen sind. All das ist jetzt abgeschnitten, und an dessen Stelle soll und muss ein neues treten. Wien wird nicht mehr die Beamten- und Verwaltungstadt sein, die aus dem grossen Reich von 56 Millionen Menschen Kräfte saugt und lebt, es muss sich auf sich selbst stellen, in ganz anderen Formen, die wir erst hastend suchen müssen und von denen wir nicht wissen, ob sie tatsächlich für uns in der Weise, wie wir es uns vorstellen, erreichbar sind. Eines ist feststehend: Nur zu erwarten, dass das alte Leben mit dem Friedensschluss beginnen würde, liess sich einer gewaltigen Täuschung hingeben, einem Optimismus, der tatsächlich nicht gerechtfertigt werden kann. Wir müssen suchen für die Stadt die viel zu gross ist für den kleinen Körper eine andere Lebensform zu bilden. Darin liegt die ungeheure Schwierigkeit des neuen Problems vor das die ganze Stadt, insbesondere aber die Stadtverwaltung gestellt wird. Es muss aus diesem Wien eine Stadt der Arbeit werden. Wir werden es in dieser Beziehung doppelt schwer haben, weil die natürlichen Voraussetzungen hiefür in diesem Deutschösterreich fast gar nicht gegeben sind. Der Boden ist karg und wir vermögen uns bei vollem Ertrag nur für wenige Monate zu ernähren, er ist an Rohstoffen fast leer, wenn wir das wenige Eisen nicht rechnen, wir haben einen Reichtum an Geldern, an Wasserkraften, die aber nicht ausgebaut sind, vorallem mangelt es aber an Kohle. Dass über 140.000 Menschen dazu verurteilt sind, arbeitslos ihre Tage zu verbringen, hat seine Hauptursache darin, dass uns Kohle, die Hauptquelle aller Industrietätigkeit, fehlt.

Wir müssen Wien zu einer Arbeitsstätte machen.
So traurig und müster die ganze Lage an sich ist, ist es kein aussichtsloses Beginnen, dass tatsächlich in Wien Voraussetzungen für Industrien ganz besonderer Art gegeben sind, die es ermöglichen, wenn alle Kräfte auf dieses Ziel gewendet werden, doch wieder zu einer Lebensfähigkeit und in gewisser Zeit zu neuer Blüte zu gelangen. Es wird kaum eine Massenindustrie sein, die in einer Grossstadt ihren Sitz nimmt, es waren hier Konsumindustrien oder aber auch Industrien geschützt durch Zölle für ein Konsumgebiet der ganzen Monarchie. Weil wir gezwungen sind, nicht nur Rohstoffe, sondern auch Lebensmittel einzuführen, müssen wir für die Ausfuhr erzeugen, damit auf diese Weise eine neue Möglichkeit zur Einfuhr der notwendigen Lebensmittel und Materialien geschaffen wird. Es wird ein Veredlungsverkehr sein müssen, bei dem die hochwertigsten Waren in Betracht kommen, bei denen nicht so sehr der inwohnende Rohstoff, sondern die höchste Vollerzeugung zur Geltung kommt, jene Geschmacksindustrie, die auf einer ganzen Reihe von Gebieten einzusetzen hat, für die wir auch tatsächlich in Wien nicht nur vollkommen ausgestattete Apparate von Fabriken und Arbeitsstätten, sondern auch überaus tüchtige und hochqualifizierte Arbeitskräfte besitzen. Das ist eine weitere grosse Gefahr, von der Wien bedroht wird, es muss nämlich Alles aufgewendet werden, um dieser Arbeiterschaft, auf die es in erster Linie ankommt und auf die die ganze Zukunft der Stadt gestellt ist, angenehme Lebensbedingungen zu schaffen, damit diese Arbeiterschaft nicht abwandert, denn damit wäre das Schicksal Wiens zum Niedergang besiegelt.

Es muss getrachtet werden, dass es eine Stadt bleibt, in die Geld gebracht wird, eine Kunststadt, die einen Anziehungspunkt darstellt und die die herrliche Umgebung mehr ausnützt als bisher, um eine Hebung des Fremdenverkehrs zu erzielen. Lebensfähig werden wir aber erst sein, wenn es gelingt, dieses Wien mit einem grossen Wirtschaftsgebiet in Verbindung zu bringen, dass man nicht, wie gegenwärtig, vom Stephansturm die Grenzen des Landes sieht, sondern dass wir einem grossen Wirtschaftsgebiet ange-

hören und in gewisser Beziehung einen Zugang zum Meere erlangen. Wenn man den Frieden uns auferlegen will, von dem wir jetzt schon mehr als die Umrisse sehen, dann lässt sich hier kein geordnetes Leben aufrecht erhalten, dann kommt die Auflösung der sozialen Ordnung, der Zusammenbruch und wir müssen erklären, dass es nur Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ist, die dazu führen konnte, und solche Bedingungen aufzuerlegen.

Wir haben die Hoffnung, die schwere Krise zu überwinden. Dazu ist notwendig, dass wir in der Uebergangszeit aufrecht bleiben, dass wir unsere Kreditfähigkeit aufrecht halten, damit wir in der Lage sind - wozu der Staat vielleicht selbst nicht ausreichend befähigt ist - uns Rohstoffe und Kohle zu beschaffen, um zur Wiederaufnahme der produktiven Arbeit zu gelangen. Da werden für die Gemeinde vielleicht ganz neue Aufgaben entstehen, da wird sie es sein, die in grosszügiger Weise für die Beschaffung des Kredites zu sorgen hat, den es dann wieder den industriellen und Gewerbetreibenden in der Stadt zur Verfügung stellt, dabei trachtend, dass der Rundlauf der Ein- und Ausfuhr nicht gestört wird und die Arbeiterschaft eine dauernde und solche Beschäftigung hat, die ihr den Aufenthalt hier angenehm erscheinen lässt und sie nicht über die Grenzen hinaustreibt. Aus diesem Grunde müssen wir mit aller Macht dahin trachten, dass wir in halbwegs geordneten Finanzverhältnissen bleiben, dass unsere Kreditfähigkeit nicht angetastet wird und diese die Grundlage bildet, um diesen Neuaufbau zu beginnen.

Das Budget, das mit einem Fehlbetrag von über 400 Millionen Kronen abschliesst, ist ein solches, wie es in annähernder Weise nie einem Gemeinderat vorgelegt worden ist. Es trägt alle Spuren eines entschätzlichen Krieges, es ist die Folge aller Verwüstung und Wertzerstörung und Entwertung der Valuta, unter der wir leiden und wir müssen trachten, alle Kräfte anzuspannen, um zu einer Ordnung und Aufrechterhaltung unserer Finanzen zu gelangen. Das Defizit von 401 Millionen Kronen ist kein künstlich gemachtes. Wir haben in Laufe der Stadtratsberatungen genau geforscht, ob wir Posten aus dem Budget entfernen oder neue Posten in das Budget aufnehmen können. Besonders für uns Sozialdemokraten ist es eine sehr schwere und harte Sache gewesen, Posten abzulehnen, wie etwa für das Volksbad für einen Arbeiterbezirk wie Meidling, das wir es aber dennoch tun mussten, geschah einfach deshalb, weil es einfach nicht möglich ist, bei Berücksichtigung aller berechtigten Wünsche mit irgend einem Budget vor die Öffentlichkeit zu treten, die nicht die ohnehin bestehende Beängstigung noch verschärft hätte. Kinderspielplätze, Schulbauten mussten niedergestimmt werden, aber es darf das nicht dahin ausgelegt werden, dass damit ein Urteil gesprochen würde über Wünsche und Forderungen die berechtigt sind. Wir wollten ein Budget machen, das nur Posten enthält, von denen wir überzeugt sind, dass wir sie im Rahmen unserer Finanzgebahrung ausführen können und für die es gelingt, das Material zu beschaffen. Wenn sich nur ein leiser Abbau der Preise geltend macht, wenn wir uns vielleicht durch ein Auslandsanlehen leichter werden bewegen können, werden wir diese Wünsche hervorholen und aus eigenem Antrieb und freudig in das Budget aufnehmen, aber es ist notwendig, dass all die Dinge in dem reichsten Masse gemacht werden, weil für die arbeitenden Menschen in dieser Stadt der Aufenthalt nicht nur zu einem menschenwürdigen, sondern zu einem denkbar angenehmen gestaltet werden muss. Wir haben übrigens noch ein Bauprogramm vor uns, das sich mit dem jeder anderen Grosstadt sehen lassen kann. Wir haben über 210 Millionen Kronen für Bauten eingestellt. Das Budget trägt nicht das Gepräge der sozialdemokratischen Verwaltung, das war in der kurzen Zeit nicht möglich, aber sie werden Posten finden, die von sozialem Empfinden zeugen und sich sehen lassen können.

Das Budget, das diesen Charakter bestimmt, ist die Post für die Angestellten, die aus der ungeheuerlichen und sprun-

haften Erhöhung zu ersehen ist. Es war aber wirklich notwendig diese Erhöhungen zu bewilligen, um den Angestellten der Stadt Wien die Lebensmöglichkeit zu beschaffen, denn aber muß der Staat eine Finanzpause zugestanden werden denn neue Forderungen könnte niemand den Versprechungen gemäß in die Tat setzen. Ich appelliere nun an die Angestellten das sie jetzt, da die Stadt bis an die äusserste Grenze alles getan hat was sie tun könnte, alle Kräfte daran setzen und an der Vereinfachung der Verwaltungsreform tatkräftig teilzunehmen, um die Stadt in die Lage zu versetzen Ersparnisse zu machen. Wir waren erfüllt von schweren Sorgen für die Bedeckung des Defizits von 401 Million Kronen. Diesen Sorgen stammten nicht aus den letzten Tagen sondern sie haben uns seit Wochen und Monaten erfüllt und bereits zwei Vorlagen gereicht die deutlich den Stempel unserer Besorgnisse tragen. Wir müssen die Straßenbahntarife verdoppeln und den Gaspreis verdreifachen, wir mussten es tun, weil es sich zeigte, dass wenn wir diese Schritt nicht unternommen hätten wir heute vor einem Defizit stehen würden, das so gross und hoffnungslos gewesen wäre dass keine Möglichkeit wäre für die nächsten Monaten die nötigen Geläsmittel zu finden. Die Unternehmungen haben wir soweit gebracht, dass sie wenigstens einigermaßen selbst erhalten und die Fehlbeträge des Jahres in absenbarer Zeit aus eigener Kraft tilgen. Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen hat es sich ergeben, dass die Gemeinde eigentlich eine eigene Steuerhoheit nicht besitzt indem sie mit ihren Einnahmequellen auf die Abhängigkeit der Staats- und Landesregierung und auf das Votum der Nationalversammlung angewiesen ist. Sie muß das Gebiet zugewiesen erhalten wo sie ihre Einnahmen beschaffen kann. Wir haben mit der Staatsverwaltung Unterhandlungen geführt, ihr die Lage Wiens aufgeklärt und in dieser Situation uns beizustehen - und der Gemeinde Steuerquellen zu verschaffen. Die Unterhandlungen sind heute zum Abschluss gekommen und wehre ich mich nachfolgenden Bericht zu erstatten: Seit jeher verlangten wir Personaleinkommenssteuerszuschläge wie in Deutschland. In diesem Punkte sind wir auf den Widerstand des Staatsamtes gestossen. Es war für uns ein schweres Opfer, das wir sagten, unter den gegenwärtigen Umständen, wo diese Steuer das Rückgrat des Staates bildet, von ihr abstehen zu wollen. Wir haben vorläufig auf diese Zuschläge verzichtet, doch bleibt die entgeltliche Regelung einer späteren Zeit vorbehalten. Wir haben aber daran das Verlangen geknüpft, dass die Gemeinde in Hinkunft bei der Veranlagung der Einkommensteuer mitwirkt und ihr ein gewisser Anteil an dieser Steuer bewilligt wird. Wir haben auch die Forderung erhoben, dass die Stadt Wien an der Kriegsgewinnsteuer teilnimmt sowie an der Vermögensabgabe. Auch in diesen Punkten konnten wir nicht durchdringen, hingegen hat sich der Staatssekretär bereit erklärt jenen Teil der Wiener Hauszinssteuer der sich als Unterschied zwischen der 20 und 26 2/3 % igen Steuer darstellt, der Gemeinde zu überweisen, woraus sich eine Einnahme von 24 Millionen ergibt. Weiters hat er zugesagt auf die derzeit 12 Millionen betragende Verzehrungssteuer zu verzichten und sie ganz der Gemeinde zu überlassen. Der Einhebungsapparat wird in den nächsten 5 Jahren noch vom Staate bezahlt der auch die Einhebung besorgt und wird für die nächsten 5 Jahre eine neue Vereinbarung zu treffen sein. Diese Einnahme, welche infolge der schlechten Marktverhältnisse heute nur 12 Millionen beträgt, könnte in besseren Zeiten 20 Millionen abwerfen. Steuer vom gemeinen Wert für Grund und Hausbesitz wurde ebenfalls zugestimmt jedoch nicht in der Höhe die einer Vermögensabgabe gleichkäme sondern die sich in den Grenzen bewegen wie in Deutschland (3 bis 4 % pro Mille). Auf diese Weise wäre eine Ein-

nahme von weiteren 20 Millionen Kronen gesichert, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß diese Steuer hinsichtlich ihrer Veranlagung besondere Schwierigkeiten veranlassen und mit großen Arbeiten verbunden sein wird.

Wir werden auch den Luxus besteuern und schon in der nächsten Zeit dürfte, sobald eine Vereinbarung mit dem Lande getroffen wird, eine Automobilststeuer eingeführt werden, welche ungefähr 2 Millionen Kronen betragen wird. Die Erhöhung der Markt- und Schlachtgebühren könnte uns eine Einnahme von 3 Millionen Kronen, die Regulierung der Bädertarife - wobei auch die Besucher der Volksbädergebührenhücksicht genommen werden soll - eine Einnahme von 1 Million Kronen bringen. Es wird schließlich auch eine kräftige Erhöhung der von den Versicherungsgesellschaften zu zahlenden Feuerversicherungsgebühren eintreten, eine berechnete Forderung, da doch Dank unserer tüchtigen Feuerwehr die Risiken der Gesellschaft minimal sind. Die Erhöhung der Ausgaben unserer Feuerwehr zwingen uns zu unseiner Mehrforderungen. Wir berechnen die Einnahmen auf 3 Millionen Kronen. Aus all diesen Titeln ergeben sich dauernde Einnahmen von 63 Millionen Kronen.

Schließlich sagte uns unser Staatssekretär zu, für all die Schäden, welche der Stadt Wien durch den Krieg zugefügt wurden - Zerstörung unserer Straßen- und Kanalbauten durch die Militärautomobile; und für die schweren Lasten welche die Stadt während des Krieges auf sich nehmen mußte - Ausspeiseaktion, Arbeitslosenversicherung etc. - und eine Pauschalentschädigung von 140 Millionen Kronen zu gewähren. Wenn auch die finanziellen Kriegsoffer der Gemeinde unvergleichlich größer waren, so müssen wir doch das Entgegenkommen der Staatsverwaltung würdigen. Der Staatssekretär für Finanzen hat uns zwar nur für seine Person die genannten Zusagen gegeben, welche erst verfassungsmäßig zum Handeln sind, es wird aber sicherlich innerhalb der Nationalversammlung keine Partei sich finden, die sich der schweren Notlage der Stadt Wien verschließen wird.

Wenn wir also dem Gesamtabgange von 401,098.020 Kronen die Einnahmen von 203 Millionen gegenüberstellen, so ergibt sich ein Rest von 198 Millionen Kronen, der, die Zustimmung des Gemeinderates vorausgesetzt, im Wege einer Kreditoperation beschafft werden soll.

Auf Grund des heurigen Budgets können wir doch unser Leben auf die Dauer nicht einrichten. Wir können weder für die Arbeitslosen noch auf die Materialkosten auf die Dauer so grosse Summen aufwenden; in letzterer Beziehung verweise ich darauf, dass bei dem jetzigen Bauaufwande eine Wohnung mit 2 Zimmern und Küche in dem von der Fa. Stiegler & Rous gebauten Häusern 8000 Kronen, in den auf der Schmelz erbauten Häusern 6000 Kronen an Mietszins kosten würde. Es wäre ganz unmöglich auf dieser Basis 1000 von Wohnungen herzustellen.

Der Magistrat hat einen Vorschlag gemacht auf Erhöhung der Zinsweller, um dem so grossen Defizite abzuhelfen. Der Magistrat als unabhängige Körperschaft ist berufen und berechtigt, seinem Gedankengang Ausdruck zu geben und ist dabei von der Erwägung ausgegangen, dass die Miete das Einzige ist, was von der Hochflut der Preise noch nicht ergriffen wurde. Die Bevölkerung ist dadurch beunruhigt worden. Wir müssen wünschen, dass die Masse der Bevölkerung in viel höherem Masse von der Finanzlage, von dem Schicksale dieser Stadt sich Rechnung gebe, dass wir tatsächlich in einer entsetzlichen Notlage uns befinden, so dass wir gezwungen sein werden vielleicht auch diesen Weg zu beschreiten. Es sei aber die letzte Reserve und nur wenn uns keine andere Alternative bleibt und wir unserer Verbindlichkeit nicht nachkommen, auch wir die Angestellten nicht bezahlen können oder begonnene Bauten nicht ausführen können, dann werden wir auch diese letzte Reserve angreifen müssen. Wir

werden dies in einer Form tun, dass diese Massnahme der Bevölkerung verständlich und erträglich erscheint. Die Steigerung der Mietzinsheller soll nicht schablonenmässig erfolgen, sie soll eine Art Wohnungsaufwandssteuer sein, d.h. die kleineren Wohnungen sollen möglichst geschont sein und nur jene Leute, welche eine wirklich schöne grosse und gesunde Wohnung haben, sollen etwas stärker angefasst werden. Alle kleinen Wohnungen auszunehmen ist unmöglich, weil in Wien 73 % der Wohnungen 2 Zimmer oder weniger haben.

Im Zusammenhange mit dieser Frage steht die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes. Es scheint dies ein einfaches Mittel, um die Finanzen der Stadt zu sichern. Wenn man aber die Sache näher betrachtet, so scheint sie doch nicht so einfach. Die Wohnungsmieten in Wien tragen zusammen 440 Millionen Kronen, davon entfallen 60 Millionen auf die Kommunalsteuern und 60 Millionen auf die Staatssteuern. Die Hypothekarbeiträge beziffern ungefähr mit 120 bis 150 Millionen Kronen, sodass kaum 200 Millionen übrig bleiben. Bedenkt man nun, dass eine vollkommen entschädigungslose Enteignung der Hausbesitzer doch nicht möglich ist, da ja viele Hausbesitzer von dem Hause die einzige Rente beziehen, von der sie leben können, dass wir ferner 40.000 Hausbesorger im Dienste der Gemeinde Wien übernehmen müssen, dass wir einen gewissen Apparat für die Verwaltung brauchen und dass vielleicht auch die Miß Mietzinsrückstände eine erhebliche Höhe erreichen, so ist der gegenwärtige Moment nicht der richtige für diese Art der Sozialisierung, wenn wir auch von dem Standpunkte nicht abgehen dürfen, dass Grund und Boden der Gemeinde gehören soll und muss. Hätte eine solche Sozialisierung vor 30 oder 50 Jahren eingesetzt, dann wäre Wien heute eine reiche Stadt. Jedenfalls ist es notwendig, dass die Nationalversammlung über vorliegenden Sozialisierungsgesetze ehestens verabschiedet, damit eine Grundlage für die von uns zu treffenden Vorarbeiten geschaffen werden könne. Einzelne Produktionszweige sind schon reif für die Sozialisierung, z.B. die Brotfabriken, die Biererzeugung, sowie eine Reihe von Lebensmittelbetrieben, die in die Hände der Gemeinde gelangen müssen.

Es ist durchwegs kein rosiges Bild, das ich Ihnen hier entwickelt habe. Wien kann nur dann zu einer neuen Blüte kommen, wenn hart gearbeitet wird, wenn grössere Sparsamkeit eintreten wird.

Zu einer neuen Entwicklung können wir nur gelangen, wenn ein Ausgleich der sozialen Gegensätze stattfindet. Es muss wahrhaft aufreizend wirken, wenn auf der einen Seite das Volk hungert, auf der anderen Seite ein übermässiger Luxus entfaltet wird, die Vergnügungslöcher und eleganten Restaurants überfüllt sind, und das Geld mit vollen Händen beim Fenster hinausgeworfen wird. Wir können aber zu einer gedeihlichen Entwicklung der Stadt nur gelangen, wenn der uns drohende Frieden nicht verwirklicht wird. Sollte dieser Friede uns auferlegt werden, dann sind wir restlos zum Tode verurteilt. Wir hoffen jedoch, dass nicht bloss die Stimme der Vernunft, sondern auch die Solidarität aller Menschen einen günstigen Einfluss ausüben werde.

Alle arbeitenden Menschen Wiens, manuelle und intellektuelle, Angestellte, Gewerbetreibenden, Vertreter des Handels, alle müssen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, um aus dem Chaos den Weg zu einer besseren Zeit zu finden, damit der Stadt Wien eine neue Blüte entstehe. Die Zeit der Kaiserstadt ist zu Ende, es war, historisch genommen, eine glanzvolle Zeit, allerdings eine Zeit, in der eine kleine Minderheit ein üppiges schönes Dasein geführt hat. Nun mehr sind die grossen Massen beauftragt und berufen, eine neue Zeit zu begründen, in der die Massen zur Lebensfreude gelangen sollen, in der alle Anteil an den geistigen Gütern der Zeit haben. Das Wien des Proletariats wird, wenn alle arbeitenden Menschen ihre vollen Arbeitspflichten erfüllen, nach einer

Reihe von schweren Jahren, eine neue Blüte erreichen, weit grösser und schöner, als es in der Vergangenheit war. (Lebhafter andauernder Beifall bei den Sozialdemokraten).

Ueber Vorschlag des BOM. Reumann wird die Generaldebatte gleichzeitig mit der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppen Verwaltung im Allgemeinen und Steuerwesen abgeführt. Hierauf wird die Spezialdebatte der anderen Gruppen durchgeführt.

GR. Dr. Kienböck: Der Referent hat seine Ausführungen in einem etwas gedämpften Tone gehalten, ein Ton, dem man die Entsagung seiner Ausführungen entnehmen muss. Ich begreife, dass jeder durch die Versprechungen, die die Sozialdemokraten so verschwenderisch über die Bevölkerung ergossen haben lassen, schwer enttäuscht sein muss durch das erste Budget der Gemeinde Wien, das vorliegt. Der Referent hat eine Reihe von Posten heranzuholen gesucht, denen man kulturelle Bedeutung zuschreiben kann. Es ist eine beschämende Tatsache, dass ein Grossteil der Versprechungen auch jetzt nicht erfüllt wird. Die Summe derjenigen Bauten, die aus dem Budget ausgeschieden werden mussten, erreicht die Höhe von 88,635.000 Kronen, das sind Schulbauten, Bäder, Sanitätsstationen, also eine grosse Anzahl von Einrichtungen für die breiten Massen der Bevölkerung. Die Sozialdemokraten waren nicht in der Lage, diese Posten in das Budget aufzunehmen, sie mussten drosseln, und entfernen, was sich entfernen liess. Sie haben das nicht aus blossen Mutwillen getan, die Lage drängt dazu. Der Berichterstatter hat gesagt, der Krieg ist daran schuld, ich meine, die Niederlage ist daran schuld. Das Vorliegende Budget ist ein Budget der Niederlage. Man muss sich aber sagen, diejenigen, welche alles getan haben, um die Niederlage zu verhindern, sie werden mit bestem Gewissen einem solchen Budget gegenüberstehen. Jeder aber, der dazu beigetragen hat, dass diese Niederlage hereingebracht ist, der muss mit an seine schuldige Brust klopfen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig!) Ich möchte nun ein offenes Wort über die nächsten Ursachen sprechen, die zu einem Budget von 401 Millionen Kronen Defizit geführt haben. Der Referent bezeichnet die sprunghafte Steigerung der Bezüge der Angestellten als die Ursache. Das ist richtig. Beide grossen Parteien des Hauses haben dafür gestimmt. Wir haben dafür gestimmt in der Erkenntnis, dass dadurch den städtischen Angestellten nicht mehr geboten wird, als was sie zum Leben brauchen. Aber die Steigerung ist viel zu sprunghaft gewesen. Die Lage, in die die Gemeinde Wien versetzt worden ist, ist zum Grossteil ihrer Führung zuzuschreiben. Sie haben nicht im richtigen Moment die notwendigen Kräfte aufgebracht, um das festzuhalten, was in unger Allen Interesse gelegen ist, sich eine gewisse Mässigung aufzulegen. Das sage ich nicht gegen die Angestellten, sondern gegen ihre Existenz, die an das Bestehen der Stadt Wien gebunden ist. An den Rand des Zusammenbruches der Wirtschaft ist die Stadt durch diese Massnahmen gekommen, die unter dem Drucke der Organisationen zustande gekommen sind. Ich sage das in der Absicht, damit in der Zukunft daraus gelernt werde. Ich sage dies im Interesse der Angestellten der Stadt Wien und unter Berücksichtigung der Leistung Verantwortung und Vorbildung der einzelnen Kategorien.

Nun will ich einen Blick darauf werfen, wie ein Ausweg aus dieser Lage gefunden werden kann. Das Vorgehen der Mehrheit muss einer gewissen Kritik unterzogen werden. Am letzten Sonntag ist die Öffentlichkeit durch die Mitteilung überrascht worden, die eine Steigerung des heutigen Zinshellers von $4 \frac{1}{8}$ auf 55 beinhaltet hat. Die Mitteilung ist vom Rathause ausgegangen, und man musste annehmen, dass dies eine Mitteilung der Mehrheitspartei ist. Bald darauf hat man gehört, dass die Mehrheit nicht entschlossen ist, diese Veröffentlichung in die Wahrheit

anzusetzen. Man muss es beklagen, dass es die Mehrheit in einer solchen Frage an der bestimmten Entschlossenheit hat fehlen lassen. Man muss ihr auch den Vorwurf machen, dass sie erst im letzten Moment daran gegangen ist den Weg zu gehen, der schon lange hätte gegangen werden sollen, und wozu wir erst den Anstoss geben müssen. Die Finanzen der Stadt Wien sind eine Staatsfrage. Und mit dem Zusammenbruche der Wirtschaft der Stadt muss auch die Staatskatastrophe hereinbrechen, die Finanzverwaltung hat uns einiges in Aussicht gestellt, aber mit der Mitteilung des Referenten kann die Sache nicht ihren Abschluss finden. Ich glaube, dass wir auf der Ueberweisung der gesamten Ertragssteuern vom Staate bestehen müssen. Für die Zukunft müssen wir jene Steuern im Auge behalten halten, die einen lokalen Charakter an sich tragen. Unser Bemühen muss darauf gerichtet sein, diese Ertragssteuern dem Staatssäckel zu sichern, die 140 Millionen, die der Stadt in Aussicht gestellt worden sind, sind nichts anderes als die Anlagen, die die Stadt dem Staat gemacht hat. Es ist Pflicht der Würdenträger der Stadt, dass sie sich zu den Würdenträgern der Stadt melden, und nicht ruhen bevor der Staat die Notwendigkeit der Ordnung der Finanzen Wiens anerkennt.

Der Referent hat ausgesprochen, dass in der Steigerung des Miethellers eine Reserve gelegen ist. Ich will den Beratungen über neue Einnahmequellen nicht vorgreifen, aber sagen will ich, dass wir von ihnen verlangen, dass sie das Verantwortungsgefühl an erste Stelle rücken. Wir werden uns Ihnen anschliessen und prüfen, dass in der Stadt Ordnung herrsche. Wir tragen die Mitverantwortung für die Tarifsteigerungen bei den Strassenbahnen und bei Erhöhung der Gaspreise. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Kassenbericht der Strassenbahndirektion urgieren.

Wir werden auch in Zukunft diese Dinge von rein sachlichen Gesichtspunkt aus prüfen und allen jenen Anträgen zustimmen, deren Verwirklichung notwendig ist, damit die Ordnung im Haushalte der Stadt möglichst bald eintritt und dass nur das in die Zukunft geschoben wird, was unbedingt dorthin verlegt werden muss. Es war uns unerwünscht, dass der Referent sich hat dazu verleiten lassen, von den Plänen zu sprechen, die auf der radikalen Seite geschmiedet werden, und die eine Sozialisierung des städtischen Hausbesitzes aussprechen. Er hat sich bei seinen Ausführungen selbst widerlegt. Seine Ausführungen waren eine demokratische Konzession. Diejenigen, die das einsehen, sollen sich enthalten, mit solchen Gedanken zu spielen.

(GR. Kunschak: Das war eine Visitenkarte an den Rätekongress). Einen Faktum unterschätzen Sie immer. Denn es sind von Ihnen sehr viel dort, die die Sache so beurteilen wie wir, aber sie sind schwächer gegenüber denjenigen, die sie nicht so beurteilen können und die nicht wissen, dass zu einer solchen Reform die sittliche Grundlage gehört. In meinem Schlussworte möchte ich mich auf die Hoffnungen in die Zukunft stützen. Wir werden nicht durch Anschuldigungen vorwärts kommen, nicht dadurch, dass wir uns anklagen. An Vaterlandsliebe und an Opfermut haben wir vielleicht nicht zuviel geleistet, aber wir werden fest bleiben und beide Eigenschaften steigern. Wir werden im grossen und Ganzen für das Budget stimmen, das ja die Zügel der Situation trägt. Einzelne Abänderungsanträge werden von meinen Parteigenossen auch gestellt werden. Auch möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wir uns in einem Gegensatz der derzeitigen Mehrheit befinden. Wir können der Mehrheit kein Vertrauen haben und wollen dies dadurch zum Ausdruck bringen, dass wir unter der Post I für das Gehalt des Bürgermeisters nicht stimmen. Darin liegt natürlich keine Spitze gegen den Bürgermeister, sondern wir wollen damit nur unserer Stimmung Ausdruck geben. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass wir uns aus der tiefsten Erniedrigung, in der wir uns befinden bald erheben und einer besseren Zukunft entgegengehen werden.

EB. Emmerling: Der Vorredner war der Meinung, dass unser Referent mit einer gewissen Resignation den Voranschlag zur Debatte gestellt hat. Er erblickte diese Resignation darin, dass die traurige Tatsache, dass wir eine Niederlage erlitten haben, auch im Voranschlag zum Ausdruck kommt. Diese Niederlage war eine Niederlage der monarchistischen Macht-

politik, durch die wir zu leiden haben. Wir geben ohne weiteres zu, dass wir uns die Uebernahme der Herrschaft in der Gemeinde anders vorgestellt haben. Dass wir der Meinung waren, in einer wesentlich anderen Verfassung die Herrschaft in der Gemeinde Wien antreten und macht übernehmen zu können, während wir in Wahrheit die wirtschaftliche Ohnmacht des Bürgertums übernehmen mussten. Das Bürgertum ist in diesem Kriege völlig niedergedrückt und damit auch die ganze privatkapitalistische Wirtschaftsweise. Der Vorredner hat gesagt, dass im Budget zum Ausdruck kommt, wie sehr wir wichtige notwendige Arbeiten zurückgestellt haben, die dazu dienen könnten, Abertausende beschäftigen könnten, er war aber nicht so ins Einzelne davon unterrichtet, dass eine Reihe dieser Posten durch Jahre hindurch reine Reklamaposten im Budget gewesen sind. Wir hielten es nicht für zweckmässig, dadurch den Abgang künstlich noch zu erhöhen, dass wir Arbeiten aufnehmen, die wir nicht durchführen können, weil wir die Zeit für derlei Kunststücke für viel zu ernst erachteten und ein Budget aufstellen wollten, das dem wirklichen Stande der Dinge entspricht. Dr. Kienböck hat gesagt, die Ursache des Defizites liege in dem sprunghaften Anschwellen aller personellen Ausgaben und er begreift, dass diese Bezüge so hoch sein müssen, sollen die Leute leben können. Er hat sich aber sofort widersprochen, als er erklärte, wir hätten Mässigung walten lassen und dafür sorgen sollen, dass nicht diese sprunghafte Steigerung eintritt. Wenn die Leute nur leben können bei den Bezügen, die gewährt werden sind, so kann man nicht Mässigung an den Tag legen. Der Vorredner hat erklärt, wir hätten nicht die notwendige Kraft gehabt, wir geben ohne weiteres zu, dass diese Bewilligungen eine sehr starke Belastung für den Stadthaushalt bedeuten. Wir müssen sagen, dass Sie ein Versehen begangen haben, weil es in den früheren Kriegsjahren möglich gewesen wäre die entsprechende Deckung sukzessive zu finden, während wir gezwungen gewesen sind, die ungeheuren Lasten auf einmal entsprechend zu bedenken. Wenn Herr v. Kienböck uns politisches Vertrauen nicht entgegenbringt, so beruhet das auf Gegenseitigkeit. Seit dem Jahre 1900 sind die Sozialdemokraten in dieser Saale, vorerst in kleiner Zahl, dann sind wir etwas stärker geworden, dann kam die Revolution, die mit allen Vorrechten der besitzenden Klasse aufräumte und die Revolution machte es uns erst möglich, in jener Zahl in den Gemeinderat einzutreten, die unserer Kraft Macht und Stärke in dieser Saale entspricht. (GR. Rummelhart: Ihr seid also die Nutzniesser der Revolution!) Nennen Sie es so, dann könnte man aber im Gegensatz dazu sagen, dass es auch Parasiten der Revolution gibt. (Lebhafter Beifall links - GR. Rummelhart: Bei uns ist das nicht gerechtfertigt) Das soll nicht auf Sie gemünzt sein. Wir sind uns bewusst, dass die Herrschaft, die wir hier angetreten haben, uns grosse Pflichten und Verantwortung auferlegt. Wir wollen diesen Pflichten Rechnung tragen und die Verantwortung für alles übernehmen, was im Interesse der Bewohner Wiens notwendig ist. Es wurde in den Jahren vorher ihrer Herrschaft und auch in der Herrschaft ihrer Vorgänger viel versäumt und gewagt viel unterlassen, und wir werden in den nächsten Jahren zweifellos darunter zu leiden haben, dass alle jene Aufgaben zu lösen sind, die nicht einzelnen Schichten, sondern der gesamten Bevölkerung Wiens zugute kommen.

Es wäre notwendig, heute einige Worte über die Stellung Wiens zu sagen. Nachdem uns aber der Friedensvertrag nicht die Möglichkeit bietet, klar zu sehen, wollen wir es unterlassen und nur betonen, dass wir auf dem Standpunkte stehen, der freie Staatsbürger bedinge auch freie Städte. Wir verfechten die volle Autonomie der Stadt Wien und werden allen Staats- und Landesinteressen Rechnung tragen, nehmen aber für uns in Anspruch, dass man ein Drittel dieses Staates, das ist die Einwohnerschaft Wiens ganz anders behandeln muss, als man in der monarchischen Zeit die Stadt Wien behandelt hat. Insbesondere was die Steuerhoheit anlangt, muss Wandel geschaffen werden. Der Aufgaben und Pflichtkreis der

grössten Stadt des Reiches war schon vor dem Kriege ein so umfangreicher, dass es notwendig gewesen wäre, auch die entsprechenden Unterabteilungen gesetzlicher und administrativer Natur zu schaffen, die es ermöglichen, allen diesen Aufgaben gerecht zu werden, und erst jetzt nach dem Kriege ist es eine unbedingte Notwendigkeit, dass wir zu einer gründlichen Aenderung unseres Statutes gelangen. Den künftigen Armeeeligen Rahmen, in dem die Interessen der Bewohner Wiens zu wahren sind, kann man sich vor Augen halten, wenn man den § 46 des Statutes liest. Aus der Zeit des Jahres 1860 mit wenigen Abänderungen stammend, haben wir ein Statut, das es uns unmöglich macht, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Einwohner Rechnung tragen zu können. Wir werden also eine gründliche Aenderung vornehmen müssen. Wir werden auch daran denken müssen, das Verhältnis der Bezirksvertretungen und Bezirksvorstehungen wesentlich zu ändern, dass sie nicht blosse Hilfsorgane einzelner Institutionen der Gemeinde Wien sind, sondern im eigenen Wirkungskreis die Aufgabe haben, die Interessen jener Teile der Bevölkerung zu schützen, denen sie vorstehen. Auch in der inneren Verwaltung müssen wir gewaltige Aenderungen vornehmen. Wir wollen wahr machen, was wir immer verlangt haben, was sie selbst gesagt, aber nie durchgeführt haben, das ist die Abschaffung des Stadtrates. Sie haben ihn unter der liberalen Ära bekämpft, als sie aber die Mehrheit hatten belassen. Sie haben damit ein Organ behalten, das das untauglichste ist, das man sich denken kann, wenn man den Aufgabenkreis einer Zweimillionsstadt sich vor Augen hält. Es gab schliesslich und endlich tüchtige Kräfte für technische Fragen für die Steuer und Finanzverwaltung, dann aber war die übrige Besetzung nach Bezirksinteressen vorgenommen und wenn ein tüchtiger Fachreferent etwa durch Tod aus der Verwaltung verschwunden ist, musste aus dem Bezirk unbeschadet der Qualität zum Schaden der Verwaltung der erstbeste Mandatar berufen werden. Wir wollen eine gründliche Revision des Statutes vornehmen und werden bei Gelegenheit die betreffenden Anträge unterbreiten. Wir wollen eine Gruppenabteilung, wir wollen, dass die ganze Verwaltung in Gruppen geteilt wird, diesen werden gewählte Vertreter vorstehen, im Verein mit Fachreferenten des Magistrates. Diesen Gruppen werden auch Gemeinderäte die sich für spezielle Fächer interessieren beigegeben werden. Die Zentralverwaltung die Steuer- und Finanzgeschäfte, Verkehr und öffentliche Bauten, städtische Unternehmungen, Sozialisierung, Gewerbe und Handels, Schule und Sanitätswesen, Bau- und Wohnungsfragen sollen diese Gruppen bilden, die womöglich nicht nur sachlich, sondern auch räumlich zu trennen sind. Dadurch glaube ich wird die weitaus zweckentsprechende Arbeit geleistet werden können. Wir brauchen eine entsprechende Veränderung in der Verwaltung. Diese bedingt wieder eine bedeutende Veränderung in der Buchhaltung. Es ist weiterhin unmöglich, die seit Jahrhunderten bestehende und merkwürdige kameralistische Buchhaltung weiter zu betreiben. Speziell die städtischen Unternehmen, die wir heute haben, müssen aus dieser Buchhaltung heraus. Man muss wissen, was ein Badegast kostet, man muss berechnen können was uns ein Pflasterstein in Mauthausen kostet, wir müssen kaufmännisch die Geschäfte führen. Wenn sie heute in irgend einer Abteilung 500 Kronen ausgeben müssen, die nicht präliminiert sind, muss erst ein Akt geschaffen werden, der durch viele Ämter zu laufen hat. Wenn 50 Millionen in Lebensmittel geschaffen werden, entzieht sich das der Kompetenz des Stadtrates. So gibt es keine Bilanz, so gibt es keine Inventur und im letzten Rechnungsabschluss verweist die Buchhaltung mit Recht darauf, dass der Juni 1919 eine Inventur aufgenommen werden muss, damit man weiss, wie die Stadt steht. Die Prüfung unserer städtischen Unternehmungen, und wir haben solche die in ihrem Umsatz und in ihren Anlagekapitalien an die Milliarden heranreichen, beschränkt sich derzeit nur auf die Funktion unserer bewährten Rechnungsräte. Sie beschränkt sich aber vorläufig nur auf die Feststellung, ob die zugewiesenen Gelder richtig eingetragen sind und geht über diesen

Man kann nicht hinaus. Es ist auch bei aller Eüchtigkeit der Revisoren nicht möglich, in Tagen und Wochen zu prüfen, was andere das ganze Jahr geleistet haben. Wir brauchen ein Amt, das die Unternehmungen überwacht und überprüft. Das Revisionsorgan muss zugleich auch eine Überwachungsbehörde sein. Auch bei den gemeinwirtschaftlichen Betrieben muss eine Änderung eintreten. Wir sind Teilbesitzer eines Kohlenbergwerkes, einer Brotfabrik, einer Mühle einer Reisschälfabrik, wir haben eine Reihe von grossen Betrieben, ohne dass diese in dem Vorschlag nicht einmal mit einer Gesamtpost untergebracht sind, die im Stande wäre, entsprechende Aufschlüsse zu geben. Seit Monaten bebauen wir 100.000 Joch Ackerland grosse Meierhöfe, wir sollen Zucker erzeugen, das kann nicht nur im Rahmen der jetzigen Verwaltung entstehen, dafür müssen neue Organe geschaffen werden. Wir müssen im laufenden erhalten bleiben, was nur durch sinnvolle Veränderungen in der Verwaltung geschehen kann. Weiters müssen alle überflüssigen Arbeiten entfallen. In der Buchhaltung der Hauptkasse und namentlich in den Katastern werden viele unnötige Arbeiten bei dem jetzigen System gemacht. Wenn wir uns vor Augen halten, dass wir arme geworden sind und sparen müssen, und mit Rücksicht auf die gebrachten Opfer die grössten Anstrengungen machen müssen, müssen wir die Arbeit in entsprechender Form zum Ausdruck bringen und dabei unnötige Arbeit vermeiden. Wir sind Sklaven des Etenimperialismus geworden und werden jahrelang daran zu tragen haben. Wenn wir schon Sklaven sind, müssen wir alles ausschöpfen an Kraft und Arbeitsmöglichkeit, und alles unnötige vermeiden. Wir müssen aber auch andere Wege der Produktion einschlagen, aufräumen mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wir werden sozialisieren, das heisst, kommunalisieren müssen. Kollege Kienböck erzählte die frühere Gemeinde hätte schon sozialisiert, sie haben aber die Unternehmungen nur kommunalisiert, aber nicht in unserem sondern in rein fiskalischem Sinne. Sie hatten immer bei der Strassenbahn, wenn es sich um eine weniger rentable Linie handelte, eingewendet, sie nicht bauen zu können, weil sie nicht ertragsfähig war. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass allen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werden müsse. Heute müssen wir leider sparen und oft berechtigt Wünsche zurückstellen, aber bloss bis zu dem Zeitpunkt, wo es leicht möglich sein wird, diese zu erfüllen. Sie haben immer betont, dass sie eine Erhöhung der Zinssteuer nicht vornehmen wollen, und waren stets darauf bedacht, eventuelle Abgänge durch Gründung neuer städtischer Unternehmungen zu decken. Wir werden die Brotfabriken, Bierbrauereien Verkehrsunternehmungen, die Kinos, die Plakatierung und verschiedene andere Betriebe in den Bereich der Kommune ziehen und werden, bis die Vorlagen im Nationalrat erledigt sein werden, eine Kommission einsetzen, die sich mit allen Fragen der Sozialisierung befassen wird. Weiters halte ich es für notwendig, dass wir im Rathaus einen äusserst tüchtigen Stab von Beamten, die ungeheuer viel Arbeit leisten, haben. Ich mache nicht erbötig, nachzuweisen, dass von tausend Stadtratsträgern 990 in der Weise erledigt wurden, wie es die Beamten vorschrieben. Ein Beweis, dass wir auf die Kraft der Beamten hin nur sorgen müssen durch entsprechende Reformen, die uns in die Lage versetzen, den grossen Aufgaben gerecht zu werden. Der Umsturz und der Zusammenbruch hat mit der Klassenherrschaft aufgehört. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Zeit, wo die Herrschaft Einzelner bevorzugter Klassen bestehen wird, nicht mehr wiederkehrt. Wir werden zu sorgen wissen, dass die Zukunft nur die Majestät des Volkes Geltung hat.

GR. Sirotek bemängelt, dass die grosse Vorlage seinen Mitgliedern zu spät zugestellt wurde, um dieselbe genau studieren zu können. Weiters kam er auf die letzte Volkszählung zu sprechen, bemängelte deren Zusammenstellung und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die nächstfolgende Volkszählung nicht wie die letzte gemacht werde. Weiters wandte er sich gegen die Unterdrückung der tschechischen Schulen durch die frühere Majorität.

BGM. Reumann ersuchte den Redner wiederholt, zur Sache zu sprechen.

GR. Sirotek schildert eingehend die Drangsalierungen der Konventualschule, und ersucht, dass wenigstens die jetzige Majorität die Minoritäten schützen. Ein Teil der öffentlichen Gelder in Wien müsse den tschechischen Schulwesen gewidmet werden und er erwarte, solche Massnahmen, ohne dass ein Druck von aussen ausgeübt werden müsse. (Rufe: Hört! Hört! bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen).

Redner erklärt, dass jetzt in der tschechischen Nationalversammlung das Budget zusammengestellt werde und ohne Druck, ohne dass eine Opposition dort wäre, werde die deutsche Minderheit ausserordentlich berücksichtigt. Auf verschiedene Zwischenrufe der Christlichsozialen und deutschnationalen macht GR. Machat einen tschechischen Zwischenruf beginnend mit den Worten: „Pane Prohaska“ was allgemeine Heiterkeit hervorruft. Bei der Aufzählung der vielen deutschen Schulen in Böhmen fallen die Zwischenrufe: „Alle diese Schulen waren bis jetzt, eine neue werden wir sicher nicht machen“. Der Redner erklärt schliesslich, dass die Tschechen im Gesamteinde, da im vorliegenden Budget nicht eine einzige Post für die Tschechen befinde, dem vorliegenden Budget nicht zustimmen können. Wenn es sich jedoch um die Durchsetzung sozialistischer Grundsätze handelt, dann werden auch die Tschechen ihre Pflicht tun.

GR. Dr. Ehrlich: Wir müssen alle heute unsere Kräfte vereinigen, damit nicht im Herzen Europas ein zweites Albanien entstehe. Meine Partei hier im Saale will nicht um jeden Preis Opposition machen. Wenn wir für die Vorlage sind, so bedeutet dies nicht, dass wir mit allem einverstanden sind, sondern es ist dies ein Beweis des Bekenntnisses der Traue zu dieser Stadt welche Leben will, welche zu leben verdient und welche jetzt die kummervollsten Tage ihrer Geschichte mitmacht. Viele Kräfte sind an der Arbeit, um einen Umsturz herbei zu führen, um dabei politisches Kapital für sich herauszuschlagen hoffen. Wenn wir die Namen der bolschewistischen Bewegung durchsehen, so stossen wir auf viele jüdische Namen. Begehen Sie nicht den Fehler zu verallgemeinern. Früher wurde dem jüdischen Kapital vorgeworfen, dass es die Weltherrschaft an sich reissen wolle, heute sagt man dasselbe vom Bolschewismus. Ebenso wie alle Träger des Grosskapitals vom Judentum abgefallen sind, ebenso können Sie feststellen, dass alle Personen, welche an der Spitze des Bolschewismus stehen, vom Judentum abgefallen sind. Die nationalen Juden stehen auf dem Standpunkt der vollen aufrichtigen Demokratie, sie werden gegen jeden Versuch, eine Diktatur in dieser Stadt aufzurichten, ankämpfend mühe sie nun von Idealisten und Schwärmern oder von Leuten, die durchwegs keine idealen Ziele verfolgen, angestösst werden. Auch eine Diktatur der Frau Friedländer oder Frau Wertheimer sind wir Juden nicht neugierig. Wer so wie ich den Bolschewismus in Russland kennen gelernt hat, muss sagen, dass er niemand so gefürchtet ist, wie von den Juden. Nur was die legalen Vertreter der Judentum Rechnung tun, dafür können die Juden verantwortlich gemacht werden, nicht aber für das Treiben verantwortungsloser Elemente.

Wir sehen aber auch, dass in dieser Stadt Kräfte an der Arbeit sind, die Hass und Gift in die Stadt hineinzutragen versuchen. Wir sind auf das Wohlwollen und die Gerechtigkeit der mächtigeren Staaten angewiesen. Es sind Zeichen vorhanden, dass zur religiösen Unduldbarkeit die nationale treten soll. Während früher der Tauschein verlangt wurde, fordert man jetzt die Zugehörigkeit zur deutschen Nation. Wenn also jemand geschmeidig ist und er bekennt sich zur deutschen Nation, dann machen Sie einen solchen Menschen die Türe auf. Wenn jedoch jemand ein Rückgrat besitzt und bei der Wahrheit bleibt, so verschliessen sich die Türen, die sonst für jeden Lumpen offen stehen würden. Die Forderung nach der Volkszugehörigkeit zeigt sich auch in der Gemeindestube von Zeit zu Zeit. Als das Gesetz der Volkszugehörigkeit in der Nationalversammlung beschlossen wurde, hat der Bürgermeister nicht mit dem entsprechenden Nachdrucke die darin enthaltene Forderung zurückgewiesen. Die Folgen zeigen sich nun heute. Es gibt tschechischen Calvinismus in Prag Brünn u.s.w. und die Tschechen dort warten nur,

um den Deutschen vergelten zu können, was sie den Tschechen hier tun. Wir Juden sind überall in der Minderheit und können keine Vergeltung üben. Wir wollen aber vollständig gleichberechtigte Bürger sein. Die Sozialdemokratie kann uns nicht helfen, wenn sie den Geist der neuen Zeit nicht begreift. XEER Was Bedauern muss ich auch über Vorgänge aussprechen, die sich in letzter Zeit in Wien halten und die darauf abzielen, die armen jüdischen Kriegsflüchtlinge aus der Stadt zu jagen. An dem diesbezüglichen Stadtratsbeschluss haben auch die Sozialdemokraten mitgearbeitet, was ich auch bedauern muss. Die jüdischen Kriegsflüchtlinge in Wien die hierher durch ein grausames Geschick geworfen wurden, warten auf den Tag, an dem sie dieser gastlichen Stadt ihren Rücken kehren können. (Zwischenruf bei den Christlichsozialen: O ho!) Die Gastfreundschaft, die diese Menschen hier genossen haben, war keine grosse (Dr. Flaschke: Die Juden waren die einzigen Verlässlichen in diesem Kfisse. GR. Hummelhart: Aber Renommieren Sie nicht!) Wenn die Völker nicht endlich über die Köpfe von unfähigen und gewalttätigen Diplomaten hinweg sich nicht die Hände reichen werden, so werden wir zu keinem Frieden kommen. Der Grundsatz der Sklaven und Herrnationen muss verschwinden. Wir wollen dafür sorgen, dass der Volksverhetzung ein Ende gemacht wird.

GR. Erntner bedauert, dass die Vorlage so spät ausgesendet worden sei und betont, dass seine Partei im Stadtrate nicht vertreten sei und es ihr daher nicht möglich war, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen.

Auf dem Budget sind 88 Millionen Krone für Schulbauten gestrichen worden. Gleichzeitig hört man, dass die Tschechen in Wien tschechische Schulen fordern. Es fragt sich nun, wohin die deutschen Kinder in Wien gehen sollen in Böhmen geniessen die Deutschen überhaupt keine Rechte.

GR. Klimesch: Das ist nicht wahr!

GR. Josef Müller: Aber Sie Zuckerimann!

GR. Klimesch: Aber gehnt!

GR. Erntner: Die Deutschen in Prag haben ja ein Recht auf Schulen, in Prag wurde die deutsche Universität gegründet.

GR. Klimesch: Das ist keine deutsche Schule, das ist eine lateinische.

GR. Erntner: Die Tschechen verlangen, dass ihre Schulen in Wien aus Gemeindemitteln erhalten werden. Bei all diesen Fragen erinnere ich mich, dass in dem Gelöbnisse der Gemeinderäte steht, den deutschen Charakter der Stadt Wien zu wahren. Wien soll aber tschechisch werden, eine zweite tschechische Hauptstadt.

GR. Klimesch: Das glauben Sie selber nicht!

GR. Erntner: Die Tschechen berufen sich auf den Friedensvertrag, der den Minoritätenschutz vorsieht. Wo aber bleiben die Schutzgesetze in Böhmen.

BGM. Reumann ersucht den Redner, zum Budget zu sprechen.

GR. Erntner: Auch die anderen haben nicht zum Budget gesprochen und haben sich hier ausgelassen. Mit der Erklärung des VB. Winter, die die Abschaffung des Stadtrates beinhaltet, bin ich einverstanden. Wir Deutschnationale werden hier keine Obstruktion oder Opposition treiben, wir wollen mitarbeiten.

GR. Klimesch: Zum Wohl und Wehe der Stadt Wien.

GR. Erntner: Reden Sie, wenn Sie gefragt werden. Denn nur aus der Arbeit kann Wien wieder emporblühen und dazu wollen wir in jeder Beziehung beitragen. Auch die deutsche Bevölkerung in der Provinz, die jetzt von Wien los will, muss zur Kenntnis kommen, dass sie der deutschen Stadt Wien zur Seite stehen muss, es muss dafür gesorgt werden, dass das Misstrauen in der Provinz schwindet. Ich möchte mit der Mahnung schliessen, jederzeit treu dem Gelöbnisse, das wir hier abgelegt haben zu wirken, auf dass Wien eine deutsche Stadt bleibe.

GR. Klimesch: Die Wiener sollen krepieren.

Lebhafte Pfui- und Entrüstungsrufe bei den Christlichsozialen und

GR. Ellsässer verlangt das Wort zu einer Berichtigung.

DR. Reumann: Sie werden später darüber sprechen können.

VB. Winter: Ich werde mich mit dem Verhältnis der Fürsorgeaufgaben unserer Stadt zum Gesamthaushalt beschäftigen. Es ist von dem Referenten nur nebenbei über dieses Thema einiges gesprochen worden, denn er hat andere Aufgaben gehabt. Ich selbst möchte aber über die Fürsorgepflicht, die unser Gemeinwesen gegen alle Bürger hat, aussprechen. Das einzige Rezept für diese Tätigkeit ist das, dass wir in allergrösstem Stil Vorbeugearbeit leisten. Bisher hat allzusehr der Dichter recht gehabt, der die Worte prägte: „Ihr laaset die Armen schuldig werden, dann überlasst Ihr sie der Pein.“ Mit diesem System muss gebrochen werden. Wir müssen gutmachen, was die Geschlechter vor uns versäumt. Insbesondere aber müssen wir die ungeheuerlichen Kriegswunden heilen. Es gilt die Sünden der Vergangenheit zu sühnen und neu aufzubauen. Von den ganzen 820 Millionen Kronen, mit denen wir den gesamten Haushalt zu besorgen haben, entfällt 1/24 auf die Armen- und Wohlfahrtspflege, ein verhältnismässig kleiner Betrag gegenüber den zu leistenden Riesenarbeiten. Für das Gesundheitswesen sind 23 Millionen, für das Armenwesen 32 Millionen und für die Wohlfahrtspflege 31 Millionen Kronen ausgesetzt. Die letzten zwei Kapitel besonders betrachtet, ergeben 63 Millionen für Fürsorgezwecke. Darin stecken 35 Millionen Kronen für Kinderfürsorge, wovon auf die eigentliche Jugendfürsorge 13 Millionen und der Rest auf die Armenkinderpflege fallen. Mit dem 24stel des Staatshaushaltes sollen wir heilen und vorbeugen. Wir wissen, dass diese Summen viel zu gering sind, wir beugen uns aber der heutigen harten Not, wir wissen aber auch, dass die Gemeinde ihrer Jugend d.h. ihrer eigenen Zukunft mehr schuldig ist, als in diesen nackten Zahlen zum Ausdruck kommt. Aber nicht nur die Geldkräfte, sondern auch der moralische Geist und die moralische Kraft der Stadt müssen bei diesen Werken Ausdruck kommen. Wir müssen brechen mit der alten Einsichtslosigkeit und der alten Mitleidlosigkeit, denn die Jugend von heute wird Lasten zu tragen haben, die wir als Erbe hinterlassen werden und für die die Gemeinde starke Menschen heranzuziehen die Pflicht hat. Wir begrüssen es als Zeichen des richtigen Erkenntnisses, dass die Staatsverwaltung mit dem Schlösser- und Palästagesetz eingegriffen hat, wir wünschen, dass sie auf dieser Gesetzgebung weiter schreitet, wünschen aber auch, dass die betreffende Vollzugsanweisung, die immer noch nicht erschienen ist, baldigst erscheine. Denn es muss rasch sein, dass diese Schlösser in den Dienst der Jugendfürsorge kommen, denn diese

gildet keinen Aufschub. Armenkinderpflege! Ein hässliches Wort, wenn wir ihm auf den Grund gehen. Dem Kinde wird der Stempel der Armut aufgedrückt, das muss anders werden. Das Wort Armenpflege muss aus dem gemeindlichen Sprachgebrauch verschwinden, samt dem Geist, der dahinter steckt. Wir wünschen, dass statt der Worte Armen- und Wohlfahrtspflege die Ausdrücke Fürsorge oder Volkspflege angewendet werden. Das sei der erste Schritt für die Zusammenfassung aller auf dieses Gebiet der Gemeinde zufallenden Aufgaben. Die Armenpflege, die Wohlfahrtspflege, die Schulpflege, die Jugendfürsorge, die Gesundheitspflege und das Wohnungswesen stehen in unmittelbarem Zusammenhang miteinander und deshalb müssen alle diese Ämter in einem neuen grossen Amt, etwa in Volkspflegeamt, zusammengefasst werden. Für die Zweckdienlichkeit der Errichtung eines derartigen Amtes seien folgende Beispiele erwähnt. Wenn beispielsweise das Bauamt gildet, dass in Wien viele Wohnzimmer gemacht werden, die nach dem Norden ausgerichtete sind, macht dieses Bauamt dem Gesundheitsamt auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung neue Arbeit. Wenn der Arzt beim Bauamt nichts zu reden hat, so muss so etwas geschehen. Das Jugendamt baut beispielsweise Spielplätze. Andererseits aber existieren Schulbänke in denen die Kinder an ihrer Gesundheit Schaden leiden. Dann nützt eine 1 bis 2 stündige Beschäftigung auf den Spielplätzen nichts. Das

Lebensamt, die Schule und das Gesundheitsamt müssen sich hier gegenseitig verständigen. Wenn schliesslich das Strassenwesen fortwährend Tuberkulose erzeugt, können wir die Massnahmen zur Bekämpfung dieser Krankheit nicht treffen. Wir dürfen also keine Tuberkulosen erzeugen. Diese groben Fehler in der Verwaltung zu ändern, ist die wichtigste Aufgabe. Freilich, wenn wir uns die Dinge in der Nähe ansehen, heisst es, da im Gemeinderat werden schöne Worte gesagt und Verapflichtungen gemacht, aber es geschieht nichts, wenn die Bevölkerung ist ungeduldt worden und ich begreife diese Ungeduld. Es ist ungeheuerlich, wenn das Volk geduldt worden. Wir verstehen aber nicht, dass es noch immer heute gibt, die sich weigern und zieren und es ist ein ziemlich grosser Teil der Bevölkerung, derjenige der über Besitz verfügt, der noch immer nicht restlos seine Pflicht erfüllt. Die Besitzlosen sind ausgehungert, diese müssen gesund gemacht werden und wir müssen die Bevölkerung zu jenen Besitzern führen, die noch etwas haben. Unsere Politik muss rücksichtslos darauf gerichtet sein, das Heil für das Volk dort zu holen, wo noch etwas zu holen ist. Auch kann die Gemeinde nicht in wenigen Wochen überall Ordnung machen, nicht alles kann geändert werden, was durch Jahrhunderte an dem Volke geduldt worden ist. Deshalb müssen wir die Bevölkerung um Geduld bitten. Die Gemeinde ist

etwas dauerndes, es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass das künftige Geschlecht stark genug sei, die Lasten zu tragen. Wenn wir heute für diesen wichtigen Zweck des neuen Menschenaufbaues nur 1/24 des Gesamthaushaltes verwenden können, ist das die traurigste Feststellung im Laufe dieser Debatte. Wir können für heute nicht mehr aufbringen. Dem soll unsere Aufgabe gelten, so wie die aller Bürger dieser Stadt. Wir fordern sie auf, uns mitzuhelfen, bei der Riesenaufgabe auf dem Fürsorgegebiet. Nur wenn die ganze Bevölkerung entschlossen ist, den frei gewählten Vertretern hier zu helfen, wird es möglich sein, aus dem Meer von Elend in das uns der Krieg gestürzt hat, herauszufinden; ich rufe die Wiener Bürger auf, ihre Pflicht uns gegenüber zu erfüllen.

GR. Breuer: Bevor ich zum Hauptvoranschlag spreche, möchte ich nur auf einige Erscheinungen der heutigen Sitzung zurückkommen. Es hat wohl jeden persönlich berührt, dass ein Mitglied dieser Körperschaft ein Vertreter der tschechoslovakischen Nation uns Deutschen in diesem Saale eine Vorlesung halten wollte, über Kulturnotwendigkeit und dass ihn gleichzeitig ein Kollege assistierte, indem er einen Ausdruck gebrauchte, der unter gebildeten Menschen nicht Verwendung finden soll. Und wenn GR. Sirotek den Hochverräter hoher einschätzt, als den Volksverräter, so sei ihm gesagt, dass beides Lumpen sind, ob er Hoch- oder Volksverräter ist, ist einerlei. Ein zweiter Redner Dr. Ehrlich hat sich mit dem Standpunkt seiner Partei wenig in den Rahmen des Budget passend, befasst erklärt, dass seine Gesinnungs- und Glaubensgenossen in Wien als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Ich glaube, Herr Dr. Ehrlich hätte diesen Ausspruch nicht tun sollen, denn die bodenständige Bevölkerung hat die Empfindung, dass sie Bürger zweiter Klasse ist und jene Herrschaften aus dem Morgenlande sich zu den Herran allererster Klasse aufwerfen.

Nun einige Worte zum Budget. Ich habe 20 Budgetberatungen durchgemacht und hier verschiedenes miterlebt. Wenn der Bürgermeister ~~maxim~~ in seiner Antrittsrede die der Öffentlichkeit übergeben worden ist, keinen Anlass genommen, das Bürgerstandes, der produzierenden geschäftlichen Elemente zu gedenken, ^{so ist dies zu bedauern.} Aber in einer Beziehung hat er seine Visitenkarte abgegeben. Es muss nämlich dafür gesorgt werden, dass die Besitzenden dieser Stadt zur Tragung der Kosten herangezogen werden sollen. Wir hätten auch gewünscht, dass in der Rede irgendwelche Bemerkungen gemacht werden, wie diese in die Lage versetzt werden, die Lasten zu ertragen. Referent sagt, Wien muss eine Stadt der Arbeit und des Verdienstes werden. Damit sind wir alle einverstanden. Das ist eine Notwendigkeit rücksichtlich der Bevölkerung selbst. Die Gemeinde

muss alles tun, um einen Zusammenbruch der gewerblichen Stände zu verhindern, die bei einem Zusammenbruche der öffentlichen Versorgung zur Last fallen würden, dessen Folge ein Chaos sein würde, von dem wir verschont bleiben wollen. Ebenso wie die akademischen Berufe eifersüchtig ihre Rechte wahren, so muss auch dem Gewerbe sein Recht werden. Gewerbefreiheit aber nicht Gewerbebefreiheit! Geschädigt sind doch immer die Konsumenten und insbesondere die Konsumenten aus den Arbeiterkreisen.

Der Redner bespricht sodann die Art der Steuerbemessung und Steuereinkerbung und richtet an jene Mitglieder des Gemeinderates, welche auch der Nationalversammlung angehören, den Appell, in dieser Richtung endlich einmal eine Besserung herbeizuführen. Er wünscht ferner, eine wirkliche Gewerbebeförderung und an der Spitze des betreffenden staatlichen Amtes müsse ein Mann stehen, der nicht Politik treibe, sondern der ein Herz für das Gewerbe habe.

Wenn wir einen leistungsfähigen Gewerbebestand erhalten wollen, dann bedürfen wir eines Nachwuchses. Vor dem Krieg betrug die Anzahl der männlichen und weiblichen Lehrlinge in Wien 56.000, während des Krieges sank sie auf 18.000. Jene Elemente, welche in Erarischen und sonstigen Betrieben in Verwendung standen, sind für den Gewerbebestand verloren oder nur sehr schwer zurückzugewinnen. Es müssen also alle Massnahmen getroffen werden um einen kräftigen Nachwuchs heranzuziehen, es muss aber auch getrachtet werden, dass Standesbewusstsein und Standesstolz Begleiterscheinungen des Gewerbebestandes seien. Redner schloss mit dem Wunsche, dass der Geist der Gewerbebefreiheit und Gewerbebeförderung der stets in diesem Hause waltete, im Interesse aller Bewohner der Stadt auch weiter herrschen möge. Er werde für das Budget stimmen und wünsche und hoffe, dass die Stadt Wien besseren und glücklicheren Zeiten entgegengehe. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

GR. Brünwald: repliziert kurz auf die letzten Worte des Vorredners indem er erklärt, dass die Sozialdemokraten die ehrlichsten Freunde von Gewerbe und Industrie seien. Man dürfe aber diese nicht verwechseln mit dem Unternehmertum, es lässt sich ganz gut ausdenken, dass Gewerbe und Industrie blühen und trotzdem die Unternehmer sich nicht in jener Position befinden, wie es heute vielfach der Fall ist.

Am sichtbarsten wird die Umwandlung, welche die Wahl am 4. Mai in diesem Saale hervorgerufen hat, in der veränderten Behandlung aller Arbeiterangelegenheiten. Bis zum politischen Umsturz war infolge eines volksfeindlichen Wahlrechtes, zugeschnitten auf die Kapitalisten, der Arbeiter in diesem Saale einflusslos und machtlos. Er hatte nicht die Möglichkeit hier im Saale zu Wort zu kommen, er war ein Objekt des Staates und der Stadt. Nunmehr werden die wirklich schaffenden Arbeiter und das sind die wahren Steuerträger dank eines durchaus demokratischen Wahlrechtes zu jener Bedeutung gelangen, die ihnen gebührt und in erster Linie wird sich dies darin äussern, in welcher Art die Arbeiterangelegenheiten in Zukunft hier ihre Behandlung finden werden. In wie weit die Gemeinde Wien als unmittelbarer Arbeitgeber ihren Verpflichtungen der Arbeiterschaft und den Bediensteten gegenüber nachzukommen gewillt sein wird, haben eine Reihe von Beschlüssen erwiesen, die in letzter Zeit gefasst worden sind. Es muss programmatisch erklärt werden, dass die Gemeinde die Verpflichtung hat, ihre Angestellten nicht hungern zu lassen. Es darf nicht übersehen werden, dass die Gemeinde Wien der grösste Arbeitgeber ist. Aus dieser Stellung ergeben sich eine ganze Reihe von weitgehenden Verpflichtungen, aus dieser Stellung ergibt sich die Pflicht, mustergültig zu sein. Die gegenwärtige Mehrheit des Gemeinderates wird sich auch in Zukunft von diesem Gedanken leiten lassen. Die Stellung der Stadt Wien als unmittelbarer Arbeitgeber ist auch von Bedeutung für die Arbeitsverhältnisse der Stadt selbst. Es muss bei allen Offentverhandlungen die Bedingung gestellt werden, dass die zeitlich und örtlichen Tarifbedingungen eingehalten werden, dieser Antrag wurde von der früheren Majorität nicht berücksichtigt, da sich diese von rein fiskalischen Interessen leiten liess.

Es hat mir auch nicht bekannt, dass im Wege der ordentlichen Verhandlung Arbeiterplätze sowohl in den Betrieben, als auch in den inneren Arbeitsplätzen der Gemeinde vergeben wurden. Die Arbeitsposten wurden sozusagen unter der Hand vergeben. Bis hier war es auch üblich, dass bezüglich der Aufträge sowohl der Bedienten, als auch der bediensteten eine Abgrenzung

... haben festgesetzt war. Heute nach dem Kriege gibt es eine ganze Anzahl Arbeitsloser, die in den Dienst der Gemeinde treten könnten, wenn sie nicht schon über 35 Jahre alt wären. Es ist daher sehr angezeigt, diese Altersgrenze auf 40 Jahre hinaufzusetzen. Es ist dies bezüglich der Versicherungsrechnung ein einfaches Rechenexempel und es braucht nur ein weiteres Versicherungsregulativ aufgestellt werden.

Nun einige Worte über das Arbeiterfürsorgeamt. Das städtische Arbeiterfürsorgeamt hat gänzlich versagt. Alle Arbeiter haben es bis vor Kriegsausbruch als einen Schimpf betrachtet, wenn sie das städtische Arbeitsvermittlungsbüro in Anspruch nehmen sollten. Das war auf eine gewisse ablehnende Haltung dieses Amtes zurückzuführen. Das Arbeiterfürsorgeamt muss so ausgestaltet werden, dass es nicht allein den Bedürfnissen der Arbeiter, sondern auch den Bedürfnissen von Industrie und Gewerbe vollkommen entspricht. Es wird sich in enge Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen setzen müssen, um das Vertrauen der Wiener Arbeiter zu erwerben. Das Amt hat vom Jänner bei Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine eigentümliche Haltung eingenommen. Es muss in dieser Hinsicht strengste Objektivität wahren und bei jedem Konflikt seine Vermittlungstätigkeit überhaupt einstellen. Es ist nicht zu verlangen, dass die Herren im Stadtrat oder in einer Kommission oder in der Bezirksvertretung alle Bedingungen kennen und danach ihre Entscheidungen treffen, die bei der Vergebung von Arbeitsplätzen zu berücksichtigen sind. Die Arbeiterfürsorge muss diesen Verhältnissen entsprechend eingerichtet werden.

Vize-Bgm. Hoss: Bevor ich in den Gegenstand selber eingehe, habe ich im Namen meiner Parteigenossen das Bedauern auszudrücken, dass die Vorlage des Voranschlags so spät übermittelt wurde. Es ist auch bei uns vorgekommen, dass es uns nicht möglich war, zur rechten Zeit mit dem Voranschlag herauszukommen, wir haben uns aber immer mit den anderen Herren ins Einvernehmen gesetzt und Massnahmen getroffen, die uns über einen eventuellen exlex Zustand hinwegzukommen. Auch die Berufung der Obmänner der einzelnen Parteien ist verspätet und erst am Montag erfolgt, trotzdem sie wenigstens 8 Tage vorher hätte stattfinden müssen. Wir wollen keine Kritik üben, jedoch bitten wir in Zukunft, von derart wichtigen Dingen uns rechtzeitig zu verständigen. Ich habe die Arbeiterzeitung gelesen, in der von einem ehrlichen Budget des Kriegsschlusses geschrieben steht. Ich will nicht zweifeln und keine Kritik üben, weil ich weiss, wie schwer in dieser Zeit die Aufstellung eines Budgets ist, wir haben dies schon in den letzten Kriegsjahren verspürt. Wir zweifeln nicht an Ihrer Ehrlichkeit, aber die geehrten Herren haben uns gegenüber diesen Standpunkt nie eingenommen, haben stets ihr Misstrauen ausgedrückt und von Verheimlichungen gesprochen. Bezüglich der Behandlung der Minoriten will ich gesagt haben, dass jeder Opposition, und noch dazu ein so grossen, wie wir es sind, die Möglichkeit gegeben sein muss, ihre Interessen zu vertreten. Wenn uns auch verschiedenen Weltanschauungen trennen, die aber am allerwenigsten im Gemeinderate zu bekämpfen sind, so können Sie zwar Ihre Prinzipien vertreten, aber ich muss auch ersuchen, dass Sie den anderen die Möglichkeit bieten, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Sachliche Anträge müssen überprüft und in Behandlung gezogen werden. Sie haben es aber nicht so gehalten. Wenn wir Ihnen auf Schwierigkeiten hingewiesen haben, so haben Sie trotz der Obmännerkonferenzen, bei denen Ihre Vertreter sassen, solche Fragen dann noch im Gemeinderate in einer unangenehmen und nicht sachlichen Debatte berührt. Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen nur einige Beispiele sagen, wie oft bei Behandlung einzelner Gegenstände aufgetreten wurde. In der letzten Zeit haben wir bedeutende Erhöhungen durchgemacht, wir waren 50 in der Opposition. Es waren ^{hohe} Beträge und es ist nicht das geschehen, was Sie bei kleineren Beträgen taten. Erinnern Sie sich an die Zeit wo wir die Tramway um 2 Heller erhöhten, damals hat Ihr Parteigenosse Skaret eine Brandrede gehalten. Jetzt wo 30 Heller waren, ist es gemächlich (Zwischenruf grosszügig) geschehen, jetzt sagen Sie einfach, die Zeiten sind schwie-

rig geworden, entweder leben oder sterben. Wenden wir dagegen etwas ein, so sagen Sie ganz einfach, wenn Ihr nicht mitarbeiten werdet, so kommt etwas anderes. Sie haben mehr vor diesen anderen zu fürchten als wir. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass viel wichtiger als Ihre Politik auf kulturellem Gebiet die Wirtschaftspolitik ist und Sie stimmen heute vielleicht anders, wenn Sie diese in den Vordergrund gestellt hätten. Dies hätte sich auch gehört und dann wäre die eine oder andere Frage für Sie leichter zu lösen. Die frühere Finanzlage vor dem Kriege war eine tadellose. Sie war gut und ordentlich. Selbst Ihr Referent musste heute beim Staatssekretär sagen, dass die Wirtschaft in städtischen Haushalten bisher eine gute und in Ordnung war. Das ist ein Ausspruch, der für uns bemerkenswert ist. Unsere wirtschaftliche Lage wurde erst 1917 erschüttert, als sich die Verhältnisse von Woche zu Woche verschlechterten, die Forderungen der Beamten kamen und auch alle Bedarfsartikel für die Unternehmungen stiegen. Grosse Kapitalien waren ja übrigens auch in Lebensmittel investiert, nur ist der Betrag nicht zur Verfügung gewesen, sondern ist in der Ware. (Zwischenruf: Sie zahlen heute noch davon!) Weiters hat der Referent auch von Sparsamkeit gesprochen, auch wir waren sparsam, es war unser Grundsatz, Sparsamkeit dort anzuwenden, dort wo es möglich war, aber dort nicht zu sparen, wo es notwendig war. Wir haben nichts anderes getan, wie Sie. Wenn Sie mit unserem Vorschlag nicht einverstanden waren, so war es Ihre Sache. Mit Ihren Voranschlägen sind wir im ganzen und grossen auch nicht einverstanden, das ist unser gutes Recht.

Was die Bauten betrifft, so werden Sie nicht bauen können, wenn sie kein Material haben. Wir hätten in den letzten Jahren Baumaterial vielleicht bekommen, konnten aber bis zum Jahre 1918 keine Arbeiter bekommen. Jetzt sind Arbeitslose vorhanden und Sie haben kein Material. Selbst wenn Sie Material hätten und grosse Arbeiten durchführen wollten, würden Sie sehr schwer Arbeiter bekommen. Es wird viel Mühe kosten, einen grossen Teil der Arbeiter wieder an die Arbeit zu gewöhnen.

Die Kriegsauslagen haben dazu geführt, dass die städtischen Unternehmungen mit der Abfuhr von Geldern an die Gemeinde Wien aufgehört haben. Es muss sich daher ein Betrag von 30 Millionen Kronen aufgenommen werden, welcher mit der immer ungünstiger werdenden Lage früher aufgebraucht wurde, als vorgesehen war. Es kann der früheren Gemeindeverwaltung kein Vorwurf gemacht werden, denn kurz nach dem Umsturz ist der provisorische Gemeinderat geschaffen worden und damit war schon unsere Majorität wirklich vorüber. Wir waren zwar formell noch in der Mehrheit aber es musste gemacht werden, was die Herren von der heutigen Majorität mit uns vereinbarten. Ihre Herren haben eigentlich schon diktiert. Die grössten Auslagen wurden in dieser Zeit gemacht und es trifft daher unsere Partei kein Verschulden.

Es muss auch getrachtet werden, was wir schon seinerzeit verlangt haben, dass bezüglich der Auslagen für den übertragenen Wirkungskreis ein Ausgleich mit dem Staate getroffen wird. Es muss auch getrachtet werden, dass die Ernährungsverhältnisse einer Regelung unterzogen werden. Das Fortzilitieren kann sich auf die Dauer nicht halten. Bei der Gemeinde ist es vielleicht noch leichter, da sind 40.000 Angestellte. Aber die einzelnen Industrien auch der Staat und das Land werden eine Erhöhung nach der anderen nicht leisten können. Die nicht das Glück haben, eine Erhöhung zu bekommen, müssen auch überall die teuren Preise bezahlen, das Elend wird immer grösser. Es kann das System der Schraube ohne Ende nicht fortgeführt werden. Unter allen Umständen muss die Wirtschaftspolitik in den Vordergrund gestellt werden. Wir haben heute gesehen, dass die Gemeinde ein Faktor ist. Wir müssen uns an den Staat und die einflussreichen Personen, die alle Ihre Partei angehören, wenden, um die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt anders zu gestalten. Ich empfehle Ihnen, das zu tun, was Sie uns vor zwei Jahren empfohlen haben und was wir nicht machen konnte weil wir nicht den Einfluss im Staate hatten, den Sie jetzt haben. Ich bitte der Bevölkerung in erster Linie Essen zu geben, damit sie sich erho-

len und arbeiten kann. Mit Lohn erhöhungen ohne Lebensmittel und Rohprodukte können die Arbeiter nicht leben. (Zustimmung rechts)

Gegenüber Kollegen Emmerling muss ich betonen, dass wir keine Reklame oder Paradeposten eingestellt haben. Ein Bau, der begonnen wird, muss wegen der Abrechnung Fertigstellung u.s.w. oft 2 bis 3 Jahre im Budget fortgeführt werden. Wir werden ja sehen, ob es möglich ist, dass sie alle Ihre Besten zur Durchführung bringen. Mir scheint, dass das Wesen der Zuschusskredite, das Sie uns immer besonders kritisch vorgeworfen haben, bei Ihnen sehr in Blüte kommen wird. Wenn dem Kollegen Dr. Kienböck von Ihnen ein Vorwurf gemacht wurde, dass ihm bezüglich der sprunghaften Personalauslagen ein Widerspruch unterlaufen sei, so kann ich dem nicht beipflichten. Kollege Kienböck hat Recht gehabt. Trachten Sie, dass die eingestellten ohne Schleichhandelsweise einkaufen können, dann werden diese grossen Erhöhungen nicht notwendig sein.

Kollege Emmerling hat uns der Fürsorge für das arbeitende Volk gesprochen. Ich setze dazu, für das ganze arbeitende Volk. Wir vertreten nicht die oberen Zehntausend, in unsere Kreise gehören nicht die Parasiten. Sie vertreten zum grossen Teil die Arbeiterschaft. Aber ich bin der Ueberzeugung, dass auch ein grosser Teil bei Ihnen ist, die keine Arbeiter sind. Es scheint, dass Wort Volk nur gerne hier öffentlich ausgesprochen zu werden, sonst scheinen Sie das Volk und die Gruppen, die ihm angehören, brennen zu wollen. Wir sind mit einer Statutänderung einverstanden, wünschen aber eine zweckentsprechende und keine einseitige Aenderung. Ich bin auch kein Verteidiger des Stadtrates. Wenn Sie eine zweckentsprechende Aenderung durchführen, werden Sie uns gerne an der Arbeit sehen. Ich würde nur wünschen, dass eine solche Zusammensetzung der Gruppen kommt, die die Gewehr bietet, dass etwas Besseres nachfolgt. Ich bitte auch keine zu grossen Geheimnisse zu machen, wie bisher. Wenn Sie es zweckmässig finden, gegen 50 Gemeinderäte so vorzugehen, so werden Sie sehen, wohin das führt.

Ich bin mit der Aufräumung, mit der ~~dem~~ privaten Kapitalwirtschaft einverstanden. Aber ich habe noch nicht gehört, dass sie über die Losziehen, wo das Kapital vorhanden ist. Sagen sie einmal, sie wollen das Geld bei den grossen Millionären holen. (Lebhafte Zustimmung rechts) Das wäre eine Brücke, auf der sich die ehrlich denkende Arbeiterschaft und der Mittelstand finden. Aber diese 10 oder 20.000, Rothschild u.s.w. sind auch Christen darunter, sitzen alle ruhig auf ihrem Besitz und haben ihre Millionen vielleicht von den anderen Ländern. Da hätten sie im Moment des Umsturzes ihre Macht einsetzen können. Das sind die Parasiten und da werden wir mit Ihnen gehen.

Die Hebung der Produktion hängt nicht von der Gemeinde allein ab, auch Staat und die Länder müssen eingreifen. Es muss aber zuerst Ordnung im Staate und in den Ländern gemacht werden. Sie müssen mit den Ländern einig werden, sonst wird Wien verhungern. Es wurde auch gesagt, dass wir uns sehr stark vom physikalischen Standpunkte leiten liessen. Das glauben Sie wohl selber nicht. Wir haben viele Strassenbahnenlinien gebaut, die nichts getan haben und Sie werden solche Linien auch nicht in übergrösser Zahl bauen, obwohl Sie viel mehr als wir dazu verpflichtet werden, schon um für die grosse Zahl der Arbeitslosen zu beschäftigen. Interessant war Ihr Appell an die Beamtenschaft. Ich freue mich, dass Sie zugeben müssen, dass wir während unserer Herrschaft eine tüchtige Beamtenschaft geschaffen haben, mit der Sie in der ersten Zeit zu Ihrem Glück so gut arbeiten können. Ich wünsche, dass auch Sie einen solchen Stand von Beamten heranziehen. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen, Redner wird beglückwünscht).

ad Expose Breitner:

Auf der 5. Spalte ist an Stelle der zwei letzten Zeilen die keinen Uebergang bilden, zu setzen:

Redner verweist auf den Wohnungsbau auf der Schmelz mit 40 Millionen, die Post Jugendfürsorge mit 40 Millionen, die zum erstenmale vorkommende Post Tuberkulosenfürsorge mit 9 Millionen, die an sich zwar nicht erfreulich, aber doch von der Einsicht der Stadtverwaltung zeugende Post Zuschüsse für Arbeitslose mit 30 Millionen, Aussperraktion mit 2 Millionen, Armeschuhe mit 2½ Millionen und die wenn auch kleine aber doch als Beginn bemerkenswerte Post von 500.000 Kronen für schulärztlichen Dienst und von 600.000 Kronen die dafür eingesetzt sind, dass Arbeitern, Angestellten und Schülern der Besuch von Theatern und Konzerten ermöglicht wird und die Kunst aufhört, ein Vorrecht der Besitzenden zu sein.

+++

Der Schluss der Rede Breitners ist von Spalte 7 vorletzter Absatz an folgendermassen zu geben:

Für das volle Defizit zu sorgen, ist keine Möglichkeit und auch keine dringende Notwendigkeit. Auf Grund des heurigen Budgets können wir doch unser Leben auf die Dauer nicht einrichten. Wir können weder mit der Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung rechnen, noch auf so phantastische Materialkosten. In letzterer Beziehung verweise ich darauf, dass bei dem jetzigen Bauaufwande eine Wohnung mit 2 Zimmern und Küche in dem von Firma Stiegler & Rous gebauten Häusern 8000 Kronen, in den auf der Schmelz erbauten Häusern 6000 Kronen, dort etwas weniger, weil es gelang das Material noch im Vorjahre zu sichern, an Mietzins kosten würde. Es wäre ganz unmöglich auf dieser Basis 1000 von Wohnungen herzustellen.

Der Magistrat hat einen Vorschlag gemacht, auf Erhöhung der Zinsheller, um den so grossen Defizite abzuhefen. Der Magistrat als unabhängige Körperschaft ist berufen und berechtigt, seinem Gedankengang Ausdruck zu geben und ist dabei von der Erwägung ausgegangen, dass die Miete das einzige ist, was von der Hochflut der Preise noch nicht ergriffen worden ist. Die Bevölkerung ist dadurch beunruhigt worden. Wir müssen, und es hat dazu beigetragen, dass die Masse der Bevölkerung in viel höherem Masse von der Finanzlage, von dem Schicksale dieser Stadt eine Rechnung gebe, dass wir tatsächlich in einer entsetzlichen Notlage uns befinden, so dass wir gezwungen sein werden, vielleicht auch diesen Weg zu beschreiten. Es sei aber die letzte Reserve und nur wenn uns keine andere Alternative bleibt und wir unserer Verbindlichkeit nicht nachkommen, wir die Angestellten nicht bezahlen können oder

begonnene Bauten nicht ausführen können, dann werden wir auch diese letzte Reserve angreifen müssen. Wir werden dies in einer Form tun, dass diese Massnahme der Bevölkerung verständlich und erträglich erscheint. Es muss vor allem diese neue Abgabe voll und ganz der Gemeinde zufließen ohne jede auch noch so geringe Beteiligung der Hausbesitzer. Die Steigerung der Mietzins soll nicht schablonenmässig erfolgen, sie soll eine Art Wohnungsaufwandssteuer sein, d.h. die kleineren Wohnungen sollen möglichst geschont sein und nur jene Leute welche eine grosse und luxuriöse Wohnung haben, sollen sehr stark angefasst werden. Alle kleinen Wohnungen auszunehmen, ist unmöglich, weil in Wien 73% der Wohnungen 2 Zimmer oder weniger haben.

Im Zusammenhange mit dieser Frage steht die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes. Es scheint dies ein einfaches Mittel, um die Finanzen der Stadt zu sanieren. Wenn man aber die Sache näher betrachtet, so scheint sie doch nicht so einfach. Die Wohnungsmieten in Wien tragen zu sammen 440 Mill.

Kronen, davon entfallen 60 Millionen auf die Kommunalsteuern und 60 Millionen auf die Staatssteuern. Die Hypothekarzinsen beziffern ungefähr mit 120 bis 150 Millionen Kronen, so dass kaum 200 Millionen übrig bleiben. Bedenkt man nun, dass eine vollkommen entschädigungslose Enteignung der Hausbesitzer doch nicht möglich ist, da ja viele Hausbesitzer von dem Hause die einzige Rente beziehen, von der sie leben können, dass wir ferner 40.000 Hausbesorger im Dienste der Gemeinde wohn übernehmen müssen, dass wir einen gewissen Apparat für die Verwaltung brauchen und dass vielleicht auch die Mietzinsrückstände eine erhebliche Höhe erreichen, so ist die Sozialisierung vom Standpunkte des Defizites keine Rettung. Wir gehen jedoch von dem Standpunkte nicht ab, dass Grund und Boden der Gemeinde gehören soll und muss. Hätte eine solche Sozialisierung vor 30 oder 50 Jahren eingesetzt, dann wäre wie heute eine reiche Stadt.

Den Grund benötigen wir unbedingt, denn die Gemeinde kann nicht noch zu den teuren Baukosten hohe Bodenpreise zahlen.

Mag auch im Augenblicke und nur dank dem von der sozialdemokratie erzwungenen Mieterschutzgesetz die Sozialisierung der Wiener Häuser keine grosse Einnahmsquelle bedeuten, so müssen wir dennoch und unter allen Umständen, darauf beharren, dass einzig und allein die Gemeinde die Eigentümerin aller Häuser und der Bodenflächen ist. Darum ist es notwendig, dass die Nationalversammlung die ihr vorliegenden Sozialisierungsgesetze shestens verabschiedet, damit eine Grundlage für die von uns zu treffenden Vorarbeiten geschaffen werden könne. Einzelne Produktionszweige sind schon reif für die Sozialisierung, z.B. die Brotfabriken, die Biererzeugung, sowie eine Reihe von Lebensmittelbetrieben, die in die Hände der Gemeinde gelangen müssen.

Es ist kein rosiges Bild, das ich Ihnen hier entwickelt habe. Wien kann

nur dann zur neuen Blüte gelangen, wenn hart gearbeitet wird, wenn grössere Sparsamkeit eintreten wird. Das kann aber von den Arbeitern nicht verlangt werden, wenn ein Ausgleich der sozialen Gegensätze stattfindet. Es muss wahrhaft aufreizend wirken, wenn auf der einen Seite das Volk hungert, auf der anderen Seite ein übermässiger Luxus entfaltet wird, die Vergnügungslöcher und eleganten Restaurants überfüllt sind, und das Geld mit vollen Händen beim Fenster hinausgeworfen wird. Wir können aber zu einer gedeihlichen Entwicklung der Stadt nur gelangen, wenn der uns drohende Frieden nicht verwirklicht wird. Sollte dieser Friede uns auferlegt werden, dann sind wir rettungslos zum Tode verurteilt. ~~Wir hoffen vor allen Dingen~~ ^{auf} die Solidarität aller arbeitenden Menschen. Nur die Internationale, die Arbeiterschaft der Entente vermag es, den Uebermut der Bourgeoisie und des Kapitalismus des Westens zu brechen. Alle arbeitenden Menschen Wiens manuelle und intellektuelle, Angestellte Gewerbetreibende, Vertreter des legitimen Handels, alle müssen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, um aus dem Chaos einen Weg zu einer besseren Zeit zu finden, damit der Stadt Wien eine neue Blüte entstehe. Die Zeit der Kaiserstadt ist zu Ende, das war historisch genommen, eine glanzvolle Zeit allerdings eine Zeit, der eine kleine Minderheit, ein üppiges Dasein geführt hat. Nun sind die grossen Massen berufen, eine neue Zeit zu begründen, in der sie zur Lebensfreude gelangen sollen, in der alle gleichen Anteil an den geistigen und materiellen Gütern der Zeit haben. Das Wien des Proletariats wird, wenn allen Menschen die Arbeitspflicht auferlegt wird, nach einer Reihe

von schweren Jahren, eine neue Blüte erreichen, weit grösser und schöner, als sie je in der Vergangenheit war. (Lebhafter andauernder Beifall bei den Sozialdemokraten) .

Am Schlusse der ersten Spalte der Rede Dr. Kienböcks soll es bei den Zinshellern heissen:

..... von 8'4 auf 15'5.